

Ökonomen und Ökonomie – eine wissenschaftssoziologische Entwicklungsanalyse zum Verhältnis von Ökonomen und Ökonomie im deutschsprachigen Raum ab 1945

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 wird auch als Krise der ökonomischen Theorie verstanden. Einerseits kollidierte die empirisch erfahrbare Realität – der fast vollständige Zusammenbruch zunächst der internationalen Finanzmärkte, später der tiefe Einbruch der Realwirtschaft – mit der Prognose einer Selbstregulierung der Märkte im fast schon monokulturell dominanten Mainstream-Paradigma des D(ynamic)-S(tochastic)-G(eneral)-E(quilibrium)-Modells. Andererseits besteht ein zunehmender Zweifel bezüglich der Erkenntnisfähigkeit der Wirtschaftswissenschaften. Dies gibt Anlass, das Profil und die Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaften auf neue Weise kritisch zu hinterfragen. Denn die universitäre Ökonomie formt das gesellschaftliche Wissen über die Wirtschaft entscheidend mit und damit wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen, die auf diesem Wissen beruhen.

Auf Basis dieser formenden (performativen) Ausrichtung wird von einem wechselseitigen Verhältnis von Ökonomen und Ökonomie ausgegangen. Wissenschaft ist nicht von „Realität“ getrennt, sondern nimmt auf sie in vielfältiger Weise Einfluss. Die ökonomische Wissenschaft in dieser Weise kritisch und netzwerkanalytisch zu hinterfragen, ihre Entwicklung und dazugehörigen Ausrichtungen, ihr Denken, ihre Institutionen und Netzwerke, bedeutet somit, einen wichtigen Einflussfaktor der ökonomischen Entwicklung zu analysieren.

Die im Zuge der Finanzkrise wieder stärker kritisierte derzeitige monolithische Aufstellung – so die Ausgangsthese in diesem Projekt – muss sich auch netzwerkanalytisch widerspiegeln. Daher sind netzwerkanalytisch dessen Entstehung, die Rekrutierungsmuster, institutionelle Ausprägungen und Koppelungen, Vernetzung in andere Gesellschaftsbereiche usw. zu hinterfragen. Umgekehrt ist zu analysieren, wie die Formung (sowie Rückformung) der heterodoxen Ökonomie erfolgte und wie dort institutionelle Strukturen und Koppelungen, Vernetzungen usw. geprägt waren und sind.

Die geplante Analyse umfasst:

- **themen- und korrespondenzanalytisch** die Prozesse der Herausbildung und Festigung von Paradigmen einschließlich deren axiomatischer Variationen im Mainstream und außerhalb dessen auf dort bestehende Ökonomieansätze (Keynesianismus, Neoricardianismus, Institutionenökonomie, evolutorische Ökonomik) und dies im Kontext zu den Netzworbildungen. **Wissenschaftstheoretisch** muss hier die Bedeutung der Pluralität wissenschaftlicher Paradigmen für den Erkenntnisfortschritt einer Sozialwissenschaft, vor allem aber auch die Inklusion verschiedener gesellschaftlicher Interessen und für die Politikberatung in heterogenen Gesellschaften herausgearbeitet werden. **Wirtschaftstheoretisch** sind die Grundlagen für die Herausbildung eines Mainstreams als Standardisierungsverfahren herauszuarbeiten;
- **netzwerkanalytisch** die Prozesse der Schulengebungen einschließlich der In- und Exklusionsprozesse durch Analyse der Institutionalisierungsverläufe (universitäre Lieferstrukturen), der Differenzierungsprozesse (z.B. AKPolÖk) einschließlich der begünstigenden Faktoren dazu (Hochschulpolitik, z.B. Expansionspolitik der 70er Jahre, Praxis der Berufungsverfahren, Ländersparpolitik usw.);

- **wirkungsanalytisch** die Prozesse der gegenseitigen Durchdringung der Bereiche Universitäten, wissenschaftlicher Einrichtungen und Gremien, politischer Institutionen (z.B. SVR), wirtschaftlicher Bereiche (Aufsichtsratsmitgliedschaften) sowie weiterer Formationen wie z.B. Hamburger Apell, Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Ebenfalls wirkungseitig sind ausgewählte Bewertungskriterien zu analysieren (DFG-Drittmittel, Peer-Review-Publikationen).

Damit sollen die Ursachen erforscht werden, weshalb es in den Wirtschaftswissenschaften – anders als z.B. in anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen – nicht gelungen ist, Pluralismus durchzusetzen sowie zu erhalten und ebenso, welche regulativen Maßnahmen ergriffen werden können, um Pluralismus in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Ausbildung – als Teil einer notwendigen Reform der Universitäten im 21. Jahrhundert, aber auch als gesellschaftspolitisch notwendige Öffnung – zu gewährleisten.